

**Übersetzt vom Portugiesischen ins Deutsche von der Aktionsgemeinschaft  
Solidarische Welt e.V. (ASW)**

Deutsche Übersetzung der Menschenrechtsbeschwerde übermittelt an  
die Vereinten Nationen OHCHR vom Dachverband der Indigenen Völker  
Brasiliens (APIB)

*(Dokument eingereicht von Uilton Tuxá (APIB) beim OHCHR in Genf, 13. November 2012)*

Genf, 13. November 2012

### **Zur Situation der Indigenenrechte in Brasilien**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Dachverband der Indigenen Völker Brasiliens (APIB) setzt sich aus den regionalen  
indigenen Organisationen des Landes zusammen:

- Articulação dos Povos indígenas do Nordeste e de Minas Gerais e Espírito Santo – **APOINME** (Verband der Indigenen Völker des Nordostens, Minas Gerais und Espírito Santo),
- Coordenação das Organizações Indígenas da Amazônia Brasileira – **COIAB** (Koordination der Indigenen Organisationen des Brasilianischen Amazonasgebietes),
- Articulação dos Povos Indígenas do Sul – **ARPINSUL** (Verband der Indigenen Völker des Südens),
- Articulação dos Povos Indígenas do Sudeste – **ARPINSUDESTE** (Verband der Indigenen Völker des Südostens),
- Articulação dos Povos Indígenas do Pantanal – **ARPIPAN** (Verband der Indigenen Völker des Pantanal),
- Grande Assembleia Guarani – **ATY GUASU** (Großes Gremium der Guarani).

Hiermit möchten wir unsere Besorgnis über die Zunahme der Menschenrechtsverletzungen  
und Missachtung der grundlegenden Rechte der indigenen Völker in Brasilien ausdrücken.

Unser Hauptanliegen ist, das System der Vereinten Nationen zu bitten, einzugreifen, sodass  
der brasilianische Staat den Empfehlungen der UN folgt und dringende Schritte einleitet, um  
die Einhaltung der Rechte indigener Völker sicherzustellen gemäß internationaler  
Übereinkommen, wie der Konvention ILO 169 und der Deklaration der Vereinten Nationen  
der Rechte indigener Völker. Letztere legt das Recht auf freien, vorherigen und informierten  
Konsent der indigenen Völker fest. Häufig werden unsere Rechte von der brasilianischen  
Regierung verletzt, trotz der Empfehlungen des UN-Rapporteurs für indigene Fragen über

die Lage der Menschenrechte und Grundfreiheiten der indigenen Völker und der Inter-Amerikanischen Kommission für Menschenrechte (IACHR/OAS).

Brasilien gilt heute als eines der Länder mit dem weltweit größten wirtschaftlichen Wachstum in den letzten zehn Jahren. Es ist vom Status eines Schwellenlandes zur sechstgrößten Volkswirtschaft der Welt aufgestiegen. Unter der Regierung Dilma wurde in Sozialprogramme wie Bolsa Familia investiert, mit dem Ziel, den Hunger des in extremer Armut lebenden Bevölkerungsteils zu beenden. Dennoch gibt es noch immer viele arme Familien. Vor allem die indigenen Völker Brasiliens müssen im Kontext von Armut leben.

In diesem Dokument präsentieren wir einen Überblick über die Situation indigener Völker in Brasilien.

## **Soziale Rechte**

Die Wahrung der Rechte der indigenen Völker, wie in der Verfassung festgelegt, ist bei weitem nicht gewährleistet. Es mangelt an der Verabschiedung eines Gesetzes zur Regelung des Artikels 231 der Verfassung. Entgegen aller Versprechungen der aktuellen Präsidentin Dilma Rousseff und des Ex-Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva wurde ein solches Gesetz nicht verabschiedet.

Laut der Volkszählung von 2010, durchgeführt von dem Brasilianischen Institut für Geografie und Statistik (IBGE), leben insgesamt 817.963 Indigene in Brasilien. Davon leben mindestens 326.375 in extremer Armut (39,9%) - fast vier von zehn Indigenen. Im Gegensatz dazu weisen andere Segmente der brasilianischen Gesellschaft viel niedrigere Prozentsätze auf. So beträgt der Anteil der von extremer Armut Betroffenen bei der weißen Bevölkerung 4,7%, und bei der schwarzen Bevölkerung 10,0%. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass Indigene nur 0,4 % der Gesamtbevölkerung Brasiliens stellen.

## **Land und indigene Territorien**

Die brasilianische Regierung bekräftigt immer wieder, dass die Demarkierung der indigenen Territorien fast vollständig vollzogen wurde, für 95 % der Indigenengebiete. Dabei wird jedoch außer Acht gelassen, dass sich der angegebene Prozentsatz fast ausschließlich auf indigene Territorien innerhalb der Amazonasregion bezieht. Die Angabe lässt ebenfalls außer Acht, dass die Demarkierung und Regularisierung einiger dieser Gebiete auf Anreiz erheblicher finanzieller Unterstützung der internationalen Zusammenarbeit hin stattfand und mit geringer finanzieller Investition durch die brasilianische Regierung.

Ein Großteil der indigenen Bevölkerung in extremer Armut lebt im Norden (Amazonasregion) und im zentralen Westen, häufig auf Land, das bereits demarkiert wurde. Das zeigt, dass eine Demarkierung der indigenen Territorien nicht ausreicht, wenn nicht gleichzeitig würdige Arbeitsbedingungen und Voraussetzungen zur nachhaltigen Nutzung des Landes geschaffen werden. Die Angehörigen der indigenen Völker und Gemeinschaften benötigen, wie jeder andere Staatsbürger, nachhaltige Lebensbedingungen und den Schutz ihrer Territorien. Während in Regionen mit demarkierten Gebieten Armut herrscht, ist die Situation in anderen

Regionen noch verheerender, wie im Nordosten und Süden des Landes, wo viele Indigenengebiete nicht demarkiert sind und Viehzüchter fortwährend in indigene Territorien eindringen.

Die Mehrheit der indigenen Völker Brasiliens ist dem Druck auf ihr Land, ihre Territorien und ihre natürlichen Ressourcen ungeschützt ausgesetzt. Indigene Gebiete sind von Großprojekten der Regierung zur wirtschaftlichen Entwicklung, wie dem Bau von Straßen, kleinen und großen Wasserkraftwerken und der Umsetzung des Wasserlaufs des Flusses São Francisco, vom Ausbau der Netze zur Elektrizitätsübertragung, dem Eindringen von Bergbau und Holzeinschlag, der Expansion der Landwirtschaft, Monokulturen sowie Konflikten mit Landeigentümern und Großgrundbesitzern bedroht.

Als Beispiele können die Fälle der indigenen Völker Guarani Kaiowá im Bundesstaat Mato Grosso do Sul, Pataxó Hã-Hã-Hãe, Pataxó und Tupinambá im Bundesstaat Bahia und der Xavante im Bundesstaat Mato Grosso aufgeführt werden. Die Guarani Kaiowá sind offener Diskriminierung und Ethnozid ausgesetzt. Sie leben in extrem kleinen Gebieten, in welche Viehzüchter, Pistoleiros (Revolvermänner), Landwirte und Agrarunternehmer mit Monokulturen wie Soja, Zuckerrohr und Eukalyptus eindringen. Im indigenen Territorium von Dourados ist die Mordrate aufgrund von Landkonflikten besonders hoch. Im Falle des indigenen Volkes der Pataxó Hãhãhãe im Bundesstaat Bahia warten die Indigenen seit mehr als 20 Jahren darauf, dass der Oberste Gerichtshof des Bundesgerichtes ihre Landsituation löst. Am 2. Mai dieses Jahres erklärte der Oberste Gerichtshof die Landtitel für ungültig, welche die Regierung von Bahia an Farmer der Region erteilt hatte. Die Regierung, welche für die Demarkierung indigener Gebiete zuständig ist, hat bisher nichts unternommen, um die zahlreichen Farmer vom indigenen Territorium zu entfernen.

Im Falle des Volkes Xavante im Bundesstaat Mato Grosso wird deutlich, dass die Absicht der lokalen Eliten darin besteht, die per Verfassung zugesicherten Rechte der indigenen Völker zu verletzen. Für die Wahrung dieser Rechte ist die Regierung zuständig. Das Indigenengebiet Maraiwatséde wurde 1998 ratifiziert und somit den Xavante das permanente Recht auf Besitz und exklusive Nutzung zugewiesen. Doch von der staatlichen Indigenenbehörde Fundação Nacional do Índio (FUNAI) wurde nichts unternommen, dieses Recht gegenüber den dort siedelnden Landwirten durchzusetzen - bis hin zu der Tatsache, dass die Legislative des Staates Mato Grosso zum Entsetzen der Xavante einem Gesetzesentwurf zustimmte, welcher die Umsiedlung der Xavante in einen bundesstaatlichen Park vorschlug, damit die nichtindigenen Produzenten und Landwirte auf dem indigenen Territorium bleiben können. In den südlichen Bundesstaaten des Landes existieren etwa 50 Camps, in denen die Guarani Kaiowá auf die Demarkierung, die Räumung der nicht-indigenen Landbesitzer und die Wiederbesiedlung ihres traditionellen Territoriums warten.

Aus den genannten Beispielen wird deutlich, dass die Situation der indigenen Völker Brasiliens insgesamt eine sehr bedrohliche ist. Ohne die Sicherung von Land und Territorium und ohne die Gewährleistung von Schutz und Nachhaltigkeit bieten sich keine Lebensperspektiven für die indigenen Völker.

## Megaprojekte

An dieser Stelle möchten wir auf zwei Projekte der brasilianischen Regierung zur Entwicklung der Infrastruktur hinweisen, von denen mindestens 434 Auswirkungen auf indigene Territorien haben: Das Wasserkraftwerk Belo Monte in der Amazonasregion und die Umleitung des Flusses São Francisco im Nordosten des Landes. In beiden Fällen hat die brasilianische Regierung das Recht der indigenen Völker auf freien, vorherigen und informierten Konsent missachtet.

Das Projekt Belo Monte, schon vor mehr als 20 Jahren umstritten, wurde damals aufgrund des erbitterten Widerstandes der betroffenen indigenen Völker nicht ausgeführt. Dieses Projekt, auch als große Tragödie für die Umwelt angesehen, wird enorme soziale Probleme für die betroffenen indigenen Völker mit sich bringen. Eine Fläche von 500 Quadratkilometern wird überflutet werden.

Die Umleitung von Gewässern des Flusses Xingu im Bundesstaat Pará wird dazu führen, dass indigene Völker und traditionelle Gemeinschaften ohne Wasser, ohne Fisch und ohne fluvialen Transportweg bleiben, insbesondere die Menschen im Umkreis von bis zu 130 Kilometern Entfernung vom Projekt. Die Gemeinschaften werden unter den Auswirkungen des Projektes auf ihre traditionellen Formen der Produktion und Kultur zu leiden haben. Die Zuwanderung von 20.000 Arbeitern aus verschiedenen Regionen des Landes auf der Suche nach Einkünften und besseren Lebensbedingungen wird Konflikte und soziale Probleme mit sich bringen.

Die Umlegung des Flusses São Francisco in die Bundesstaaten Pernambuco, Paraíba, Ceará und Rio Grande do Norte sollte angeblich die arme Bevölkerung dieser Staaten mit Wasser versorgen. In Wirklichkeit wurde dieses Projekt jedoch entworfen, um die Agrarindustrie zu begünstigen und die ökonomischen und politischen Interessen anderer Sektoren der Region zu bedienen.

Der Fluss São Francisco durchfließt von seiner Quelle bis zu seiner Mündung traditionelle Territorien, die seit mehr als 9.000 Jahren von den indigenen Völkern des Nordostens besiedelt sind. Er hat eine Länge von etwa 2.800 km. In seinem Einzugsgebiet leben 32 indigene Völker, die 38 traditionelle Territorien bewohnen: Kaxagó, Kariri-Xocó, Tingui-Boto, Akona, Karapotó, Geripancó, Xoco, Katokin, Koiupanká, Karuazu, Kalankó, Pankararu, Fulni-ô, Xucuru-Kariri, Pankaiuká, Tuxá, Pipipã, Kambiwá, Kapinawá, Xukuru, Pankará, Tupan, Truká, Pankararé, Kantaruré, Atikum, Tumbalalá, Pankaru, Kiriri, Xacriabá, Kaxixó e Pataxó, mit einer Bevölkerung von ca. 70.000 Indigenen.

Der Fluss São Francisco ist von vitaler Bedeutung für das physische und kulturelle Überleben dieser Völker, ebenso für deren Produktionsform und die Weiterführung ihrer Rituale und Kultur. Die brasilianische Regierung ignoriert diesen Zusammenhang und die lautstarke Ablehnung seitens der indigenen sowie der nichtindigenen Bevölkerung und genehmigte den Bau des Projektes. Auf diese Weise wurde das Recht auf vorherige Konsultierung verletzt.

In Brasilien wird die Konvention ILO 169 nicht respektiert und deshalb nicht angewendet. Ein Beispiel hierfür ist das Ereignis im Jahr 2011, als die Interamerikanische Kommission für

Menschenrechte (IACHR) die brasilianische Regierung bat, den Prozess zur Genehmigung und zum Bau von Belo Monte einzustellen, solange die betroffenen indigenen Völker nicht ordnungsgemäß konsultiert wurden.

Die brasilianische Regierung informierte daraufhin am 5. April, dass sie ihre institutionelle Rolle der Konsultierung der indigenen Gemeinschaften erfüllt hat. In Wirklichkeit fanden einfache Sozialisierungs- und Informationstreffen statt, welche manipuliert wurden, um ihnen den Charakter von Konsultationen zu verleihen. Außerdem kam es zu Ereignissen, die geprägt waren von Vorwürfen der Spaltung, Praktiken der Kooptierung und Diffamierung von indigenen Führern.

Eindeutig fehlt es dem brasilianischen Staat an gutem Willen. Es fehlt der politische Wille, indigene Völker tatsächlich bei Projekten, die Auswirkungen auf sie haben werden, zu konsultieren und sie an Instanzen der Entscheidungsfindung über legislative und administrative Maßnahmen, welche sie direkt betreffen, mit einzubeziehen.

### **Kriminalisierung, Gesundheit und andere Aspekte**

Die Verletzung der Indigenenrechte in Brasilien ist in jeder Hinsicht besorgniserregend. Nach dem neuesten Jahresbericht des Indigenous Missionary Council (CIMI) vom 30. Juni 2011 starben im Jahr 2010 92 Kinder aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung. 60 Indigene wurden ermordet und 152 erhielten Morddrohungen. Von den 60 Morden an Indigenen ereigneten sich 34 bei den Guarani Kaiowá im Bundesstaat Mato Grosso do Sul.

Die Gesundheitsversorgung für indigene Völker ist unzureichend. Die Spezialbehörde für die Gesundheit der Indigenen, welche 2010 eingerichtet wurde, funktioniert nicht adäquat und ihre Struktur genügt nicht, um eine gesundheitliche Basisversorgung zu gewährleisten. Gleiches trifft auch auf die staatliche Indigenenbehörde Fundação Nacional do Índio (FUNAI) zu, deren Umstrukturierung zur Verbesserung ihrer Arbeit an der Basis, hauptsächlich hinsichtlich der Prozesse zur Regelung von indigenen Territorien, versprochen wurde. Bisher konnten noch keine derartigen Strukturveränderungen festgestellt werden. Tatsächlich unterliegt dieses Organ zum Schutz der Indigenen einer gezielten Vernachlässigung durch die Regierung, damit eben gerade keine Fortschritte bei Prozessen der Landdemarkierung erreicht werden können.

### **Indigenenrechte**

In Bezug auf die Rechte der Indigenen warten wir seit über 20 Jahren darauf, dass der Nationalkongress das neue Statut der indigenen Völker verabschiedet, welches in Form des Gesetzentwurfs N° PL 760/2011 vorliegt. Dieser schlägt die Regularisierung der Artikel 231 und 232 der brasilianischen Verfassung vor, welche die Rechte Indigener behandeln. Außerdem warten wir auf die Verabschiedung des Gesetzentwurfs n° PL 3571/2008 zur Schaffung des Nationalen Rates für Indigenenpolitik, der im Verfahren der Abgeordnetenversammlung ist. Mangels Verbindlichkeit der aktuellen Regierung kommen diese legislativen Prozesse im Kongress nicht voran. In Wahrheit besteht kein Interesse der Regierung, Gesetze zur Garantierung von Indigenenrechten zu verabschieden. Die Projekte des Plans zur Beschleunigung des Wachstums (Plano de Aceleração do Crescimento -

PAC) verdeutlichen die Absichten der Regierung, unser traditionelles Territorium auszubeuten.

### **Anti-indigene legislative Prozesse**

**PEC 215/2000.** Entgegen der Erwartungen des Schutzes indigener Rechte wurde am 21. März dieses Jahres im Ausschuss für Verfassung und Justiz (Comissão de Constituição e Justiça - CCJ) der Abgeordnetenkammer der Zulässigkeit des Vorschlages der Verfassungsänderung (PEC) 215/00 zugestimmt. PEC 215/00 beabsichtigt die Zuständigkeit für die Genehmigung der Demarkierung von Indigenengebieten, die Einrichtung von Schutzgebieten, und Landtitulierung für Quilombolas auf den Nationalkongress zu übertragen. Bisher unterliegen diese Aufgaben den exekutiven Organen FUNAI, Institut für Umwelt und erneuerbare Ressourcen - IBAMA (Instituto Brasileiro do Meio Ambiente e dos Recursos Naturais Renováveis) und Kulturstiftung Palmares – FCP (Fundação Cultural Palmares). Die Verabschiedung des PEC 215, sowie des im Senat verhandelten PEC 038/99, gefährden die bereits demarkierten Indigenengebiete und schließen weitere Demarkierungen zukünftig aus. Die Gefahr einer Verabschiedung ist groß, da im Kongress mehrheitlich Repräsentanten mächtiger Sektoren der Wirtschaft vertreten sind, welche die Sponsoren des aktuellen Entwicklungsmodells sind.

**Bergbauprojekt PL 1610/1996.** Die Bergbaulobby, zusammengesetzt aus Parlamentariern der Regierungsallianz, beabsichtigt den Gesetzentwurf PL 1610/96 zu verabschieden. Dieser sieht Bergbau in Indigenengebieten vor. Der Bericht ignoriert völlig die Wahrung des Schutzes der territorialen, sozialen, kulturellen und spirituellen Integrität der indigenen Völker und entbürokratisiert die Autorisierung von bergbaulichen Untersuchungen und dem Abbau mineralischer Bodenschätze in Indigenengebieten. Er schafft Voraussetzungen für eine erleichterte Gewinnerzielung und Gewinnvergrößerung zugunsten der involvierten Unternehmen. Der Text beschäftigt sich in skandalöser Form mit der Verfügbarmachung der Indigenengebiete und ihrer Potentiale für das spekulative Finanzkapital durch Bergbau. Der Text schafft die Voraussetzungen für ein unkontrolliertes Fortschreiten des Goldabbaus im großen Stil auf indigenen Territorien. Er greift in Isolation lebende und wenig kontaktierte indigene Völker an, indem er deren Schicksal den Prinzipien der nationalen Sicherheit unterordnet. Er relativiert die Beteiligung der Bundesanwaltschaft (Ministério Público Federal) in seiner Rolle für den Schutz der Indigenenrechte. Er schafft die Autonomie der indigenen Völker ab und unterwirft deren Entscheidung gegen den Bergbau dem Beschluss eines Regierungsausschusses, der entscheidet, welcher Vorschlag der beste für die indigenen Gemeinschaften ist. Auf diese Weise wird die bevormundende, paternalistische und autoritäre Indigenenpolitik wiederbelebt. Abschließend ist zu sagen, dass der Text die Tragweite des Konsultationsrechtes minimiert, welches durch die Verfassung und die Konvention ILO 169 festgelegt wurde.

Die Indigenenorganisationen sind wegen der Schäden, die es mit sich bringt, gegen diesen Gesetzentwurf zur Förderung des Bergbaus. Sie fordern, dass das Thema des Bergbaus im Text des Statuts der Indigenen Völker behandelt wird, wie es in den Jahren 2008 und 2009 von der indigenen Bewegung mit der Regierung diskutiert und in Konsens gebracht wurde.

## **Administrative und juristische Maßnahmen gegen Indigenenrechte**

Die brasilianische Regierung hat in den letzten zwei Jahren eine Reihe von gesetzlichen Erlässen und Verordnungen herausgebracht, welche beabsichtigen, die von den indigenen Völkern geforderte Demarkierung ihrer Gebiete zu vereiteln und diese Territorien und deren natürliche Ressourcen der unkontrollierten Exploration durch nationale Unternehmen und das transnationale spekulative Finanzkapital preiszugeben. Von diesen gesetzlichen Erlässen und Verordnungen (Portarias) stellen wir folgende vor:

**Verordnung 2498/2011** beabsichtigt die Beteiligung der Bundesländer und Municipien im Prozess der Identifizierung und Grenzziehung von Indigenengebieten. Mit der Herausgabe dieser Maßnahme ignoriert die Regierung die Verordnung 1775/96, welche das Vorgehen zur Demarkierung von Indigenengebieten festlegt und die schon das angebliche Widerspruchsrecht für die Schaffung dieser Portaria garantiert.

**Verordnung 419/2011** regelt das Vorgehen der Indigenenbehörde FUNAI in Umweltgenehmigungsprozessen innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums, um die Umsetzung von Projekten des Programms zur Beschleunigung des Wachstums – PAC (Wasserkraftwerke, Bergbau, Häfen, Wasserwege, Straßen, Elektrizitätsleitungen) auf indigenen Territorien zu erleichtern.

**Verordnung 303/2012** bestimmt die Normierung der Vorgehensweise der juristischen Organe der Bundesverwaltung, die direkt und indirekt mit dem institutionellen Schutz der Indigenengebiete zu tun haben. Den Interessen der Großgrundbesitzer und des Agribusiness entgegenkommend, erlaubt die Verordnung, die Bestimmungen, welche im Gerichtsverfahren gegen das Indigenengebiet Raposa Serra do Sol vom Obersten Gerichtshof (STF) entschieden wurden, auf alle Indigenengebiete auszuweiten (Petição 3.888-Roraima/STF). Die Regierung brachte die Verordnung mit dem Wissen heraus, dass die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes über die deklaratorischen Unterbindungen der Raposa Serra do Sul noch nicht rechtskräftig ist, die Bestimmungen noch Änderungen erfahren oder gänzlich vom Verfassungsgericht abgelehnt werden können. Die Portaria gestattet Militärbasen und Militärinterventionen, Straßenbau, strategische Projekte für Wasserkraftwerke und Bergbau in Indigenengebieten ohne vorherige Konsultation der indigenen Völker und der FUNAI. Des Weiteren legt sie die Revision von laufenden Demarkierungsprozessen und bereits erfolgten Demarkierungen fest, da diese nicht mit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes im Fall des Indigenengebietes Raposa Serra do Sol übereinstimmen. Die Verordnung greift die Autonomie der indigenen Völker über ihre Territorien an; beschränkt und relativiert das per Verfassung zugesicherte ausschließliche Nutzungsrecht der Naturreichtümer durch Indigene in Indigenengebieten. Sie überträgt dem Chico-Mendes-Institut für Biodiversitätsschutz (Instituto Chico Mendes de Conservação da Biodiversidade - ICMBIO) die Kontrolle über Indigenengebiete, die missbräuchlich und illegalerweise von Schutzgebieten (Unidades de Conservação - UCs) überlagert werden, und schafft Probleme hinsichtlich der Überprüfung der Grenzen von demarkierten Indigenengebieten. Dabei bleibt das Recht der Indigenen auf ihr traditionelles Territorium gänzlich unberücksichtigt.

## **Petition**

Angesichts dieser Situation wendet sich der Dachverband der Indigenen Völker Brasiliens (Articulação dos Povos Indígenas do Brasil - APIB) an das Menschenrechtssystem der Vereinten Nationen, um notwendige Maßnahmen zur genaueren Beobachtung der Situation der Indigenenrechte und der Verletzung dieser Rechte in Brasilien einzufordern. Möglich wäre ein gemeinsames Handeln mit mehreren Berichterstattern, zum Beispiel durch Unterstützung einer gemeinsamen Mission mit dem Sachverständigenausschuss für die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen, um die Umsetzung der Konvention ILO 169 und der Deklaration der Vereinten Nationen der Rechte indigener Völker zu prüfen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir den Vereinten Nationen vorschlagen, ein Online-Übersetzungssystem einzurichten, damit auch Bürger der UN-Mitgliedsstaaten, welche nicht die offiziellen Sprachen sprechen, wie im Fall der indigenen Völker Brasiliens, ihre Anliegen mitteilen können.

Mit Zuversicht auf ihre Unterstützung und Aufmerksamkeit verabschieden wir uns und stehen Ihnen jederzeit zur Klärung der in diesem Dokument angesprochenen Sachverhalte zur Verfügung.

Hochachtungsvoll,

**Manoel Uilton dos Santos / Indigener vom Volk Tuxá**  
Leitung des Dachverbandes der Indigenen Völker Brasiliens - APIB